



PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER UNION FÜR DEN MITTELMEERRAUM

Erklärung des Gipfeltreffens der Parlamentspräsidenten der UfM

Marseille, 7. April 2013

Wir, die anlässlich unseres ersten Gipfeltreffens am 7. April in Marseille vereinigten Parlamentspräsidenten der Union für den Mittelmeerraum (UfM), –

- besorgt angesichts des Umfangs der Herausforderungen, die mit dem demokratischen Wandel in den Ländern des südlichen Mittelmeerraumes und der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Mittelmeerländern der Europäischen Union einhergehen, sowie des Risikos der Unsicherheit und Instabilität in der Sahel-Sahara-Region,
 - in entschiedener Unterstützung einer Stärkung der Rolle der UfM als einem projektbasierten partizipatorischen System, das sich positiv auf das Leben der Bewohner dieser Region auswirkt;
 - in Würdigung der Anstrengungen des Sekretariats der Union für den Mittelmeerraum, in diesem Jahr regionale Vorhaben in den Bereichen Wasser, Förderung von Frauen als Unternehmer, Beschäftigung und Logistik umzusetzen,
 - dennoch alarmiert angesichts des schwachen politischen Engagements und der geringen finanziellen Unterstützung für die Umsetzung großer Projekte, die 2008 im Rahmen des UfM-Gipfels in Paris vorgesehen wurden,
 - in der Überzeugung, dass nur durch deutlich größere Anstrengungen durch die Regierungen auf beiden Seiten des Mittelmeers die legitimen Erwartungen der Bürger erfüllt werden können, in Freiheit und Würde zu leben, und eine nachhaltige und solidarische menschliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung angestoßen werden kann,
 - unter Hinweis darauf, dass die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Partnern in den Mittelmeerländern im Rahmen der UfM im Zeichen gegenseitigen Respekts und Interesses auf Augenhöhe erfolgen und im Dienste aller Partner stehen muss,
1. sind der Ansicht, dass repräsentative Demokratien mit starken Parlamenten der beste Garant dafür sind, die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen bewältigen zu können und eine Spaltung zwischen der politischen Führung und den Bürgern zu vermeiden; fordern daher die nationalen Parlamente der Europäischen Union und das Europäische Parlament auf, den Parlamenten in den sich im Übergang befindlichen Ländern vorrangige Unterstützung zukommen zu lassen, um die Grundlage für einen aktiven und wirksamen Parlamentarismus im südlichen und östlichen Mittelmeerraum zu schaffen,

2. sind der Auffassung, dass die Bürger, die wir im Rahmen des Anna-Lindh-Mittelmeerforums in Marseille anzuhören gekommen sind, ein Maß an Ideen und Know-how bündeln, auf das die Staaten, Parlamente und Institutionen der UfM bauen sollten, indem sie eine echte Partnerschaft errichten; eine solche Partnerschaft kann sich nur auf der Grundlage einer Gesetzgebung entfalten, die gewährleistet, dass zivilgesellschaftliche Organisationen transparent und ohne Behinderung arbeiten können;
3. sind der Auffassung, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften wichtige Schaltstellen bilden, um die Herausbildung einer nachhaltigen, an die lokalen Besonderheiten angepassten Territorialpolitik und die Durchführung konkreter und inklusiver Projekte zu begleiten; fordern die Mitglieder der UfM auf, den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren auszubauen, um die Dezentralisierung im südlichen Mittelmeerraum als wichtige Komponente für Entwicklung und politische Teilhabe voranzutreiben;
4. erachten es als sinnvoll, dass die Parlamente in Absprache mit den lokalen Behörden, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft die Anstrengungen der Regierungen begleiten, um die regionale Integration im südlichen Mittelmeerraum zu fördern; sind der Auffassung, dass die UfM dank ihrer flexiblen Ausgestaltung ein unerlässliches Forum für die Förderung von Netzwerken, Strukturen und Kooperationsmöglichkeiten auf regionaler und subregionaler Ebene darstellt;
5. sind der Ansicht, dass die Sichtbarkeit des Kooperationsrahmens der UfM verbessert werden muss; betonen, dass sie die Aufgabe hat, Lösungen im Wege von Projekten in den Bereichen Infrastruktur, Umwelt, Energie, Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen und Bildung vorzuschlagen, die ermittelt und kenntlich gemacht werden müssen; sind der Meinung, dass die nationalen Parlamente und die PV-UfM einen großen Beitrag dazu leisten sollten, eine solide politische Unterstützung zu schaffen und es der UfM so zu ermöglichen, sich auf ihre vorrangige Aufgabe, die Durchführung von Projekten, zu konzentrieren; stellen fest, dass 2013 somit das Jahr der Projekte ist, und fordern unsere Regierungen auf, die notwendigen Finanzmittel sicherzustellen und den Verpflichtungen nachzukommen, die sie auf dem UfM-Gipfel in Paris 2008 und im Rahmen der Partnerschaft von Deauville eingegangen sind; sind des Weiteren der Auffassung, dass die beträchtlichen Investitionen, die im Bereich der Infrastruktur und für die Unterstützung der KMU in der Region notwendig sind, für die Einrichtung einer Entwicklungsbank für den Mittelmeerraum sprechen;
6. fordern das Sekretariat für die UfM auf, sich weiter um die Schaffung von Synergien mit den Behörden, internationalen Finanzinstituten und dem Privatsektor zu bemühen, um insbesondere neue Initiativen zu erarbeiten und die für die Finanzierung der UfM-Projekte notwendigen Mittel bereitzustellen;
7. messen der Schaffung eines Euro-Mittelmeer-Raums für Berufsausbildung, Hochschulbildung, Wissenschaft und Forschung Priorität bei; verweisen in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Tatsache, dass die strukturelle Unterstützung für die Konsolidierung der Europa-Mittelmeer-Hochschule und der Umsetzung ihrer Hochschulprogramme, die im Geiste der Initiativen der UfM stehen, ausgebaut werden muss;

8. sind der Auffassung, dass die Würde des Menschen, die Achtung der Grundrechte und der Gleichstellung von Mann und Frau die Säulen sein müssen, auf denen die Zusammenarbeit zwischen den Partnern auf beiden Seiten des Mittelmeers im Interesse der Annäherung ihrer Bewohner und der Förderung des kulturellen, religiösen und zivilisatorischen Dialogs aufgebaut ist, wobei ihnen insbesondere bei der Bekämpfung aller Formen von Ausgrenzung, Sexismus, Rassismus, Xenophobie und Radikalismus eine Schlüsselrolle zukommen sollte; sprechen uns hierzu für eine zügige Umsetzung der Mobilitätspartnerschaft aus, die den Personenverkehr erleichtern soll;
9. sind der Auffassung, dass ungelöste Konflikte in der Region nicht weiter als Vorwand dafür dienen dürfen, sichtbare Fortschritte der UfM-Projekte, die die Bürger erwarten, hinauszuzögern; fordern gleichzeitig alle beteiligten Parteien auf, zu denen die Europäische Union und die Liga der arabischen Staaten zählen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche für den Nahen Osten anzuregen; sind der Ansicht, dass eine gerechte und endgültige Regelung dieses Konflikts auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen die Schaffung von dauerhaftem Frieden und nachhaltiger Stabilität in der Region ermöglichen wird;
10. fordern die Mitgliedstaaten der UfM und die Partnerinstitutionen auf, sich für die Förderung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in der Sahara-Sahel-Region sowie die Umsetzung von Programmen für Entwicklungszusammenarbeit und das Aufholen wirtschaftlicher und sozialer Rückstände in den Ländern der Region einzusetzen; sind der Ansicht, dass eine wirksame Zusammenarbeit und ein gemeinsamer Ansatz im Wege von Rechtsinstrumenten und Entwicklungszusammenarbeit notwendig sind, um Terrorismus und seine Verbindungen zur grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität auszumerzen.